

Öffentlichkeit ist der Sauerstoff unserer Demokratie

Mitglieder der AfA-Reinickendorf folgten wie ca. 400 weiteren Interessierten der vorweihnachtliche Einladung der Landesgruppe Berlin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zu der Veranstaltung "Der Mindestlohn kommt – Mehr Lohngerechtigkeit schaffen" um den Ausführungen der Bundesministerin Andrea Nahles zu lauschen.

"Nach 10 Jahren harten Kampfes, werden wir den Mindestlohn erhalten"... "über 80% der Bevölkerung wollen ihn"... "ab 01. Januar 2015 stehen 32 Mitarbeiter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bereit, über den Mindestlohn zu informieren und um Verstöße – auch anonym – zu melden"... "Wer gegen den Mindestlohn verstößt erhält keine öffentlichen Aufträge"... "bis 01.06.2016 wird eine Evaluierung über die Wirkung der Mindestlohneinführung stattfinden"... "für 4 Mio. ArbeitnehmerInnen verbessert der Mindestlohn die Lebensverhältnisse"... "Einführung des Mindestlohnes macht gerade einmal 0,7% Lohnsteigerung aus"... "in Berlin werden 420 Mio. Euro an Aufstockerzahlungen ausgegeben"... "60.000 fallen aus den Transferzahlungen heraus"... "1.600 Stellen beim Zoll werden neu geschaffen"...

Nach 20-minütiger Zusammenfassung der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), der Zeitschrift "Gute Arbeit" 07/2014 und der Jahresbilanz 2012 "Gesagt – Getan – Gerecht" der SPD-Bundestagsfraktion konnten dann Fragen an die Bundesministerin gestellt werden, denn leider ließ unsere BM wichtiges offen. So musste Andrea Nahles etwa auf Nachfrage eingestehen, das zwei Ausnahmeverordnungen (Mindestlohnaufzeichnungsverordnung "MiLoAufzV" sowie die Mindestlohnmeldeverordnung "MiLoMeldV") vom Bundesminister der Finanzen (BMF) Schäuble erlassen worden sind, was von BM Nahles auf die Aussage eines Interessierten, er hätte davon in der ARD-Sendung MONITOR erfahren, mit den Worten "Sendungen wie diese gehen mir so langsam auf den Zeiger" quittiert wurde. Peinlich nur, das in der Verordnung "...im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales" steht! Klar, BMF Schäuble, aber nicht ohne BM Andrea Nahles um Zustimmung zu bitten!

Warum Jugendliche unter 18 Jahren vom Mindestlohn ausgenommen sind, wurde mit dem Hinweis der Bundesanstalt für Arbeit (30.09.2013) beantwortet, "...es sich lediglich in Berlin um 261 Jugendliche handelt, "...es ist in Berlin oder anderswo ausgeschlossen, das sich ein Geschäftsmodell auf die gezielte Beschäftigung junger Menschen ohne Mindestlohn gründen lässt". Sorry, Andrea Nahles! Auch wenn die Kritik des DGB in den Augen einer BM "unverständlich" erscheint, werden in vielen Niedriglohnbereichen bereits ArbeitnehmerInnen gefragt, ob diese ihre nicht volljährigen Kinder anmelden wollen, damit z.B. die zeitungsausragende Mama oder Papa endlich eventuell die 8,50 € erhalten können. Schauen wir doch mal in die MiLoAufzV, da steht in § 1 Abs. 1 Nr. 1: "...mit ausschließlich mobilen Tätigkeiten beschäftigt..." Da reicht es nicht aus, wenn Andrea Nahles als BMAS in ihrem Begrüßungsmonolog nur von Fernfahrern spricht! Ich weiß, dass damit auch Taxifahrer, Personenbeförderung, Müllabfuhr, Straßenfeger, Zeitungsaussträger, Paketzusteller und viele andere **ausgenommen** sind! Bereits jetzt muss ein Paketzusteller eine bestimmte Menge austragen, ohne dies in der vorgesehenen Zeit schaffen zu können. Arbeitgeber könnten künftig die geplante Dauer anstatt der tatsächlichen Arbeitszeit angeben um den Mindestlohn umgehen zu können. Es muss garantiert sein, dass für alle Arbeitnehmer die Stunde eben 60 Minuten hat und

nicht z.B. 80 Minuten, was dann einen "realen (gesetzlichen) Mindestlohn" von 5,67 € entspricht. Und denkt bei der nächsten Pizza-Bestell-App-Bedienung an den Pizzaboten, denn juristisch wird unter Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft unterschieden...somit auch für die Gewährung des gesetzlichen Mindestlohnes!

Ferner gibt es tarifliche Übergangsfristen für Garten- und Landschaftsbaubetriebe, für das Friseurhandwerk, die Fleischindustrie, die Leiharbeitsbranche und für Großwäschereien, die erst am 01.01.2017 den vollen gesetzlichen Mindestlohn zahlen und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft erhalten zwar 8,50 €, können jedoch 70 statt 50 Tage im Jahr **sozialabgabenfrei** arbeiten. Da werden wir Verbraucher uns wundern, wie viele "Ernten" es schlagartig in Deutschland geben wird.

Und zu den 261 Betroffenen aus Berlin: Warum eine Statistik aus 2013? Wenn von Seiten der Bundesagentur für Arbeit den Hinweis gibt "Aufgrund rückwirkender Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen (diese) Daten von zuvor veröffentlichten Daten früherer Stichtage ab" (siehe 21.08.2014 Neuaufbereitung der Arbeitslosenstatistik 2014 und 30.10.2014 Revision der Beschäftigungsstatistik 2014)

Unentschuldigbar und fassungslos macht es einen, dass eine BM aus den eigenen Reihen, wissentlich vor versammelten Interessierten nicht die Wahrheit in Bezug auf 800 zusätzliche Zollstellen (**Finanzkontrolle Schwarzarbeit**) für 2015 und 2016 sagt. Weder die MdBs der Landesgruppe Berlin noch die BMAS Andrea Nahles kennt die Drucksache 18/3264, die Antwort des BMF vom 24.11.2014 auf die kleine Anfrage einzelner Oppositions-Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN? Zum Glück, liebe GenossInnen des Bundestages, habt ihr die AfA-Reinickendorf!

Dort (Drucksache 18/3264) antwortet u.a. das BMF auf die 3. Frage: "Wie viele Anwärterinnen und Anwärter für den gehobenen und mittleren Dienst wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits zum 1. August 2014 und wie viele werden jeweils in den Jahren 2015 bis 2019 der FKS zusätzlich zugeordnet, um den berechneten Personalbedarf von 1.600 Arbeitskräften aufgrund des Tarifautonomiestärkungsgesetzes sicherzustellen?" wie folgt: "Dem Arbeitsbereich FKS werden **ab dem Jahr 2015 jährlich zum 1. August** nach Abschluss der Ausbildung **320 Arbeitskräfte (AK)** (106 g.D und 214 m.D) zugeführt. Damit sind der FKS **bis zum Jahr 2019** die erforderlichen Ressourcen zugeführt." AHA! Nicht jeweils 800 zusätzliche Stellen in der Zollverwaltung für 2015 und 2016, wie den interessierten Teilnehmern der Veranstaltung vorgegaukelt wurde! Liebe Andrea... das Kalenderjahr beginnt am 1. Januar (wie die meisten Teilnehmer dachten) und nicht erst am 1. August eines Jahres! Mathematisch sind 2 x 800 nicht gleich 5 x 320 aber vielleicht rechnen Politiker anders. Man könnte sich über den Unterhaltungswert ggf. freuen, wenn die BM Andrea Nahles das korrekte Ergebnis tanzen würde. Ups! Von wegen "zusätzlich werden 1.600 neue Stellen in der Zollverwaltung geschaffen, jeweils 800 für 2015 und 2016" (Mechthild Rawert, Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin).

Weiter antwortet das BMF: "...den FKS-Bereich z.B. im Rahmen von Ausschreibungen zu priorisieren. Diese Personalzuführung geht dabei insbesondere in den Jahren 2015 bis 2017 zulasten aller anderen Bereiche der Zollverwaltung, weil Altersabgänge nicht wie geplant mit Nachwuchskräften ausgeglichen werden können." (Drucksache 18/3264)

Richtig ist, es findet eine (arbeits-) dienstrechtliche Versetzung statt!

Richtig ist, es werden keine Neu(mehr)einstellungen vorgenommen!

Richtig ist, dass der FKS-Bereich Priorität haben soll!

Richtig ist, andere Bereiche der Zollverwaltung mit weniger Personal dieselbe Arbeit schaffen müssen!

Richtig ist, 5% der Planstellen der Zollverwaltung nicht besetzt sind, 3% aus dem aktiven Dienst ausscheiden und weitere sich beruflich verändern!

Richtig ist, die "Ruf-Andrea-Nummer-an" nur beratende Funktion hat, also jeder der um den Mindestlohn geprellten ArbeitnehmerInnen den Gang über die Arbeitsgerichtsbarkeit gehen muss!

Da kann man nur hoffen, das die um ihren Mindestlohn betrogene ArbeitnehmerInnen dann nicht Rechtsbeistand durch jene Rechtsanwälte erhalten die zur Zeit Arbeitgeber beraten, wie diese am Besten und "legal" den gesetzlichen Mindestlohn umgehen können oder jener Rechtsanwalt der seinen Bürohilfen 1,63 € die Stunde bezahlte, die Differenz kann ja schließlich der Steuerzahler durch Aufstockungen einer Brandenburgischen Arbeitsagentur zahlen. Das Arbeitsgericht Berlin-Brandenburg sah hier Lohndumping und sittenwidrige Löhne als gegeben und verurteilte diesen Rechtsanwalt dazu 3.400 Euro an das Jobcenter zurück zu bezahlen.

Richtig ist, man kann mühelos anonym seine Mitbewerber telefonisch denunzieren!

Richtig ist, Praktikanten, Diplomanden und Doktoranden werden heute besonders gerne in (Groß)unternehmen als billige Innovationsträger eingesetzt, erst mit deren Hilfe oft wichtige Neuerungen in verkrusteten Unternehmensstrukturen- und abläufen möglich werden. Dafür sind auch diese von der Wertschätzung eines gesetzlichen Mindestlohns ausgenommen. Diese Form der Alimentierung von Unternehmen darf es nicht mit einer SPD geführter Bundesregierung geben.

Nach 35 jähriger SPD-Mitgliedschaft und somit länger als sieben der acht Berliner MdB aus Berlin, bin ich fassungslos gegenüber unseren gewählten Volksvertretern. Fassungslos wie die Sprecherin der SPD-Landesgruppe einen Artikel auf ihre Homepage zu dieser Veranstaltung veröffentlicht ohne eine wahrheitsgemäße Erwähnung der Tatsachen z.B. der Anfragen von und Antworten an Mitglieder eines Parlamentes.

Liebe GenossInnen der Landesgruppe Berlin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag was antworte ich (nach diesem Kenntnisstand) dem mündigen Wahlbürger, was meinem Sohn, was meinen GewerkschaftskollegInnen und meinen informationshungrigen GenossInnen und all den fleißigen ArbeitnehmerInnen?

Übrigens zum eingangs erwähnten "10 Jahre harten Kampfes"...die Gewerkschaft NGG war seit September 1999 die erste Gewerkschaft, die seit dem, unermüdlich gegen Niedriglöhne und für einen allgemeinen Mindestlohn per Gesetz gekämpft hat, seit 2006 mit ver.di und in zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen z.B. mit riesigen Lohnpuppen in Koch- oder Bäckerkleidung und einem Mindestlohn-Truck quer durch die bundesrepublikanische Republik fuhr und die Bevölkerung und die

Volksvertreter wach rüttelte! Also wir NGGler kämpften schon lange bevor die SPD dieses Thema für sich erkannte.

Öffentlichkeit ist der Sauerstoff unserer Demokratie!

Und die AfA-Reinickendorf atmet!

Allen Getreuen, Weggefährten, Demokraten, Wahrheitsliebenden, Hoffenden, KollegInnen und GenossenInnen ein glückliches und vor allem wachsames Neue Jahr 2015...Prost!

Marcus Striek